



Im System gefangen: Viele der geschätzt 20.000 Werksarbeiter, die bereits im Kreis Gütersloh leben und bleiben wollen, sprechen auch nach mehreren Jahren kein einziges Wort Deutsch. FOTO: DPA

Leben in Isolation und Abhängigkeit

Werkvertragsarbeit: Im nächsten Jahr soll in Rietberg eine Fachstelle zur Integration und Beratung von Familien mit Werkverträgen eingerichtet werden – angedockt an die Flüchtlingskoordination

Von Birgit Vredenburg

■ **Rietberg.** Das Thema Werkvertragsarbeit ist auch in Rietberg angekommen. Kreisweit sind etwa 7.000 Menschen aus Südosteuropa überwiegend in der Schlachtindustrie beschäftigt. „Die Region ist zum Mittelpunkt der europäischen Schlachtindustrie geworden“, stellte Volker Brüggjenjürgen, Vorstand des Caritasverbandes für den Kreis Gütersloh, jüngst in einer Sitzung des Rietberger Schul- und Sozialausschusses fest.

Die Arbeits-, Wohn- und Lebensbedingungen dieser Menschen, die auch in Rietberg leben, bezeichnete Brüggjenjürgen als „menschunwürdig und prekär“. Leidtragende seien vor allem die Kinder.

Brüggjenjürgen weiß, wovon er spricht. Seit März 2016 hat der Caritasverband kreisweit 6.411 Beratungsgespräche mit Werksarbeitern geführt. „Über dieses Angebot haben wir mehr als 549 Familien erreicht. 50 davon kamen aus Rietberg“, informierte Brüggjenjürgen. Seinen Anga-

ben zufolge leben in der Emsstadt zurzeit 856 Polen (davon 193 Kinder), 778 Rumänien (68 Kinder) und 62 Bulgaren (14 Kinder). Wieviele davon über Subunternehmer in der Werksarbeit beschäftigt sind, konnte er nicht sagen.

»Wir stehen vor einem großen Integrationsproblem«

Nachdem das kirchlich finanzierte Beratungsprojekt der Caritas im Oktober nach zweieinhalb Jahren ausgelaufen ist, möchte Brüggjenjürgen ab 2019 eine kreisweite Fachstelle zur Integration und Beratung von Familien mit Werkverträgen etablieren, mit Sitz in Rietberg, Langenberg und Gütersloh. „Gütersloh bringt 40.000 Euro in das Projekt ein, Langenberg 7.500 Euro und Rietberg 10.000 Euro“, warb Brüggjenjürgen für diese Idee. Das zunächst auf zwei Jahre befristete Projekt, das zum größten Teil über Landesmittel finanziert werde, habe ein Gesamtvolumen von jährlich 140.000 Euro.



Experte: Caritas-Vorstand Volker Brüggjenjürgen informierte über das Thema Werkvertragsarbeit. FOTO: BIRGIT VREDENBURG

In Rietberg solle das Beratungsangebot – mit mindestens einer Drittelstelle für Sozialarbeit – an die Koordination der Flüchtlingshilfe angedockt werden. Brüggjenjürgen betonte die Dringlichkeit dieses Angebotes. Denn: „Wir stehen vor einem großen Integrationsproblem.“

Seit der Einführung der Arbeitnehmerfreizügigkeit in-

nerhalb der Europäischen Union (EU) im Jahr 2014 können Arbeitnehmer aus Südosteuropa auch im Westen dauerhaft bleiben. „Die Bulgaren etwa kommen in der Regel aus sehr armen Verhältnissen und verdienen hier in den Schlachtbetrieben locker das Zehnfache“, erläuterte Volker Brüggjenjürgen und sprach von einer „klassischen Armuts- und Arbeitsmigration in den Kreis Gütersloh“.

»System gefährdet massiv den sozialen Zusammenhalt«

Teil des Systems sei, dass die Menschen sogar dafür zahlen müssten, um hierher kommen zu dürfen. Sie würden von den Subunternehmern in Empfang genommen und bekämen auch gleich einen Schlafplatz angeboten – in der Regel in Zimmern mit mehreren Betten. Dadurch entstehe eine große Abhängigkeit und Isolation.

„Wir haben die Erfahrung gemacht, dass das schwierige Wohnumfeld, die sehr langen

Schichtzeiten und das raue Arbeitsklima insbesondere dann, wenn Paarbeziehungen eingegangen werden oder Kinder da sind, zu starken psychischen Belastungen führen“, sagte der Caritas-Vorstand.

Vor dem Hintergrund, dass der überwiegende Teil der Menschen aus Südosteuropa hierbleiben will, aber auch nach fünf oder sechs Jahren kein einziges Wort Deutsch spreche, befürchtet Brüggjenjürgen, dass zu den etwa 20.000 Werksarbeitern, die bereits im Kreis Gütersloh leben, immer ärmere und bildungsfernere Menschen neu hinzu kommen. „Das System der Werkverträge gefährdet massiv den sozialen Zusammenhalt und die Lebensqualität in unseren Kommunen“, machte Brüggjenjürgen deutlich und kritisierte, dass die Schlachtindustrie die Kernproduktion „komplett in Werkverträge ausgelagert“ habe. Dafür sei dieses Instrument nie geschaffen worden. „Der Gesetzgeber hat Möglichkeiten, das zu verändern“, mahnte Brüggjenjürgen.